



G 8612 E

# Die Steuer-Gewerkschaft

Gewerchaftsorgan der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)  
– Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung –

**DSTG zu Finanzministern der Länder:  
Steuerreform darf nicht zu Mehrarbeit führen**

→ S. 83

**Treffen mit Waigel: Gestärkter Außendienst  
pakt bei Steuerkriminalität zu**

→ S. 85

**Große DSTG-Erfolge bei Personalratswahlen**

→ S. 88

**„Mindeststeuer“ ist das falsche Konzept**

→ S. 90



**7-8/98**

47. Jahrgang - Juli/August 1998 - ISSN 0178-207X



Inhalt

### 83 Steuerreform darf nicht zu Mehrarbeit in der Finanzverwaltung führen

Die DSTG wird nach der Bundestagswahl Pläne für eine große Steuerreform unter der Voraussetzung positiv begleiten, daß für die Beschäftigten in der Finanzverwaltung keine Mehrarbeit entsteht. Bei einem Treffen mit der Konferenz der Länderfinanzminister sagte DSTG-Chef Dieter Ondracek, das gescheiterte Vorhaben müsse sofort in der neuen Legislaturperiode wieder aufleben.

### 85 Gestärkter Außendienst packt bei Steuerkriminalität zu

In einem Gespräch mit Bundesfinanzminister Theo Waigel schnitt DSTG-Chef alle brennenden Fragen der Steuerverwaltung an. Bei der Bekämpfung der Steuerkriminalität seien Fortschritte erkennbar.

### 88 Große DSTG-Erfolge bei Personalratswahlen

Bei den Personalratswahlen in verschiedenen Bundesländern hat die DSTG große Erfolge erzielt und sich als stärkste gewerkschaftliche Kraft in der Steuerverwaltung bestätigt.

### 90 „Mindeststeuer“ ist das falsche Konzept

Die Diskussion über eine Mindeststeuer führt nach Meinung von DSTG-Chef Dieter Ondracek in die Irre. Wer hohe steuerliche Abschreibungen verhindern wolle, müsse bei den positiven Einnahmen ansetzen.

#### Titelfoto

v. l. n. r. : Joachim Rothe (stellv. Bundesvorsitzender), Finanzsenatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel (Hamburg), Helmut Overbeck (stellv. Bundesvorsitzender), Staatsrat Dr. Dannemann (Bremen), Staatssekretär Dr. Birkmann (Thüringen), Anne Schauer (stellv. Bundesvorsitzende), Finanzminister Karl Starzacher (Hessen), Dieter Ondracek (Bundesvorsitzender) und Rafael Zender (stellv. Bundesgeschäftsführer).

Foto: Eduard N. Fiegel

Verantwortlich: Dieter Ondracek, Dr. Paul Courth, In der Raste 14 (DSTG-Haus), 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, In der Raste 14, 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, Herstellung: BUB, Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Baunscheidtstraße 6, 53113 Bonn. Nachdruck honorarfrei gestattet. „Die Steuer-Gewerkschaft“ erscheint zehnmal jährlich; regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Auflage: ca. 80 000. Anzeigenabteilung: In der Raste 14, 53129 Bonn. Tel. (02 28) 5 30 05 13, Fax (02 28) 23 90 98. Gültig ist Anzeigentarif Nr. 21 vom 1. Januar 1997.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Editorial

## Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Wahlkampfgetöse wird die diesjährige „Sommerpause“ prägen. Der Wahlkampf, der praktisch seit Beginn dieses Jahres die Politik zum Stillstand gebracht hat, wird seine Blüten weiter treiben. So sehr die Demokratie den Wahlkampf braucht wie die Luft zum Atmen, so sehr wendet sich der Wähler von „Schwarzweißmalerei“ ab.**

**Die „verpatzte“ Steuerreform wird einen besonderen Schwerpunkt dieses Wahlkampfes bilden. Wir alle haben am Schicksal der „Steuerreform“ gespürt, wie unser Gemeinwesen Schaden nehmen muß, wenn wichtige Entscheidungen aus wahltaktischen Gründen nicht getroffen werden. Dies ist auch eine der Gründe, warum die Staats- und Politikverdrossenheit in unserer Gesellschaft so tief sitzt.**

**Trotz allem müssen wir eine Wahlentscheidung treffen. Ich werde die Wahlprogramme der Parteien durchforsten und versuchen, Ihnen die Aussagen zur Steuerpolitik, zum öffentlichen Dienstrecht usw. synoptisch in der September-Ausgabe dieser Zeitung gegenüberzustellen. Dann können Sie sich selbst ein Bild machen.**

**Unsere Arbeit in der nächsten Legislaturperiode wird nicht leichter. Im Gegenteil: wir werden an vielen Fronten streiten und immer wieder deutlich machen: die Einnahmeverwaltung verschafft allem staatlichen Handeln die materiellen Grundlagen. Die Steuerverwaltung stärken heißt auch, für die Beschäftigten Leistungsanreize und Motivation schaffen, ihnen berufliche Perspektiven eröffnen. Auch dies ist ein Bestandteil eines Gesamtkonzepts zur Bekämpfung der immer mehr ausufernden Steuerkriminalität.**

**Die Parteien werden sich auch an ihrer Absicht messen lassen müssen, wie sie diesen gesellschaftlichen Mißstand in den Griff bekommen wollen.**



DSTG trifft Konferenz der Länderfinanzminister

## Steuerreform darf nicht zu Mehrarbeit führen

**Z**u einem Meinungsaustausch über die aktuellen Probleme der Finanzverwaltung traf die Bundesleitung mit der Konferenz der Landesfinanzminister am 25. Juni 1998 zusammen.

Die Finanzministerkonferenz war vertreten durch Finanzsenatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel (Hamburg), Finanzminister Karl Starzacher (Hessen), Staatssekretär Dr. Birkmann (Thüringen), Staatsrat Dr. Dannemann (Bremen), Dr. Woisin (Hamburg) sowie MR Sennlaub (Geschäftsführer der Finanzministerkonferenz), die DSTG durch den Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek, die stellvertretende Bundesvorsitzende Anne Schauer sowie die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Joachim Rothe und Helmut Overbeck sowie den stellvertretenden Bundesgeschäftsführer Rafael Zender.

In dem Gespräch, das in einer sehr angenehmen und freundlichen Atmosphäre stattfand, wurden u. a. folgende Themengebiete besprochen:

### Perspektiven für eine Steuerpolitik in der nächsten Legislaturperiode

Zu Beginn des Gesprächs erläuterte der Bundesvorsitzende Ondracek die Positionen der DSTG für eine Große Steuerreform. Rückblickend auf die in dieser Legislaturperiode gescheiterte Steuerreform sagte er, daß ein Kompromiß bei ernsthaftem Willen sicherlich erreichbar gewesen wäre, insbesondere auf der Grundlage der „Petersberger Beschlüsse“ und dem „Schleußer-Papier“.



Die Hamburger Finanzsenatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel wird von dem Kollegen Karl Starzacher (rechts) und DSTG-Chef Dieter Ondracek flankiert  
Foto: Eduard N. Fiegel

Dr. Birkmann bat die DSTG darum, die positive Einstellung zu einer Steuerreform beizubehalten und wie bisher konstruktiv zu begleiten. Der Bundesvorsitzende äußerte, daß die DSTG sich auch weiterhin kritisch zu den Punkten äußern werde, die negative Auswirkungen auf die Arbeit der Beschäf-

### Mehr Personal ist Vorbedingung

tigten in der Finanzverwaltung erwarten lassen. Alle Punkte von Steuerrechtsänderungen, die der Steuerverwaltung Mehrarbeit verursacht, lehne die DSTG ab, solange die Finanzminister der Länder nicht bereit seien, das Personal in der Steuerverwaltung spürbar zu verstärken.

Starzacher führte aus, daß unter den Länderfinanzministern ein breiter Konsens über die Notwendigkeit einer Steuerreform vorhanden sei, die nach der Bundestagswahl konkrete Konturen annehmen werde.

### Lage der Steuerverwaltung und Bekämpfung der Steuerkriminalität

Die DSTG kritisierte, daß die Personalkapazitäten zur Bekämpfung der Steuerkriminalität nicht ausreichen. Eine bloße Verschiebung des Personals vom Innenum Außendienst sei nicht akzeptabel. Die Steuerkriminalität habe zugenommen, weite Bereiche seien kaum kontrollierbar und veranlaßten auch ehemals steuerehrliche Bürger zur Steuerhinterziehung. Mietsteigerungen bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung fielen oft unter den Tisch. Spekulationsgewinne aus Wertpapierkäufen würden faktisch nie angegeben.

Bei Einkünften aus Kapitalvermögen habe sich die Unehrlichkeit gewaltig hochgeschaukelt. Unbedingt notwendig sei die Auffüllung der Personallücken und die Abschaffung des § 30 a Abgabenordnung, zumal § 30 a AO im Strafverfahren nicht gelte und die Steuerbürger

Kapitaleinkünfte nicht erklärten, weil sie sich in falscher Sicherheit glaubten.

Starzacher erklärte im Zusammenhang mit den Bankfahndungen, daß eine Amnestie für ihn kein Thema sei. Zudem müsse man die Außendienste so stark machen, daß dem Risiko der Verjährung begegnet werden könne. Der DSTG-Forderung nach Verstärkung der Bp habe nur durch eine Umschichtung Rechnung getragen werden können, jedoch habe die technische Ausstattung der Außen-

### Betriebsprüfung nur durch Umschichtung gestärkt

dienste, die ehemals sehr schlecht gewesen sei, erheblich verbessert werden können, so daß jetzt ein guter technischer Standart vorhanden sei. Dr. Nümann-Seidewinkel stellte fest, daß sich die Einstellung der Bevölkerung hinsichtlich der oftmals mehr oder minder offenen Anregungen zur Steuerhinterziehung nach dem Motto „Reisen bildet Kapital“ unter dem Druck der Bankfahndungen zum Positiven gewendet habe.

Zur Forderung nach mehr Personal führte sie aus, daß ein striktes Konsolidierungsprogramm gefahren werde müsse, in dem die Steuerverwaltung zwar bevorzugt, aber nicht ganz von Einsparungen ausgenommen werden könne.

Zur Personallage in Thüringen erklärte Dr. Birkmann, daß bis zum Jahre 2000 ausreichende Personalkapazitäten aufgebaut würden. In der Betriebsprüfung und Steuerfahndung liege man über den Soll-Zahlen, was auch ein Verdienst von Hessen sei.

Staatsrat Dr. Dannemann sagte, daß Bremen sich hinsichtlich der Personalbedarfsberechnung am durchschnittlichen Ausstattungsgrad der umliegenden Länder orientiere und darüber liege. Man müsse darüber

nachdenken, welchen Stellenwert die Personalbedarfsberechnung habe und regte an, daß alle Länder höher gehen sollten.

Ondracek äußerte, daß die Ausrichtung der Personalbedarfsberechnung an den tatsächlichen Notwendigkeiten immer eine Forderung der DSTG war. Die Länder würden bei der Personalbedarfsberechnung aber zunehmend schönrechnen, daher seien vereinfachte Berechnungsschemen als Vergleichsmaßstäbe zwischen den Ländern tauglicher. So könne z.B. die Anzahl der vorhandenen Betriebe durch die eingesetzten Betriebsprüfer dividiert werden, um zu einem Vergleichsmaßstab zu kommen. Auch für den Innendienst könne als Bewertungsmaßstab die Bevölkerungszahl in Relation zu den vorhandenen Finanzbediensteten herangezogen werden.

#### Berufliche Perspektiven für die Beschäftigten der Steuerverwaltung

DSTG-Chef Dieter Ondracek spricht die Notwendigkeit beruflicher Perspektiven für die Beschäftigten der Steuerverwaltung an, insbesondere die Schaffung attraktiver Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten und die Novellierung der Funktionsgruppenverordnung für die Außendienstleistungen. Gerade in der Steuerverwaltung dürfe nicht gekleckert, sondern müsse geklotzt werden. Finanzminister Starzacher erläuterte, daß er mit der DSTG-Landesverbandsvorsitzenden Hessen und stellvertretenden Bundesvorsitzenden Anne Schauer diesbezüglich im Kontakt sei.

#### Steuerverwaltung und Betriebswirtschaft (Controlling, Kostenleistungsrechnung, Budgetierung)

Die DSTG hat im Grunde nichts gegen betriebswirtschaftlich ausgerichtete Untersuchungen einzuwenden,

weil sich dabei nur herausstellen könne, daß die Steuerverwaltung effektiv arbeitet.

Die DSTG lehne aber ab, wenn durch diese Maßnahmen den Beschäftigten Zusatzarbeiten aufgebürdet würden, für die sie keine Zeit haben. Schließlich stelle sich auch die Frage der Sinnhaftigkeit, da es z.B. nichts nütze, wenn der Finanzminister durch aufwendige Ermittlungsarbeiten erfahre, daß die Arbeitnehmerveranlagung im Schnitt 156 DM koste und damit

#### Betriebswirtschaftliche Verfahren können kein Maßstab sein

Geld zurückgezahlt werde. Denn die betriebswirtschaftliche Konsequenz, diese Abteilung zu schließen und die Erstattungsverfahren einzustellen, könne aus rechtsstaatlichen Gründen nicht gezogen werden.

Dr. Nümann-Seidewinkel wies darauf hin, daß mehr Leistungs- und Kostenbewußtsein in alle Bereiche einziehen müsse. Der Bundesvorsitzende äußerte seine Sorge, daß die Länderfinanzminister als Haushälter die einzigen seien, die die vermeintlichen Verschlangungspotenziale vollziehen bzw. Einsparungen vornehmen.

#### Projekt „FISCUS“

Die Finanzministerkonferenz stellte sich hinter das Projekt „FISCUS“. Auch Berlin mache weiter mit. Ondracek wies darauf hin, daß die DSTG begleitend eingebunden werde müsse. Dann würden sich bei der Umsetzung und der erforderlichen Zustimmungen der Hauptpersonalräte Probleme vermeiden lassen.

Im Hinblick auf die Besoldungs- und Tarifpolitik führte Finanzminister Starzacher aus, daß es zur Zeit zu früh sei, jetzt über die Entwicklung Aussagen zu treffen.

Die DSTG wies nochmals eindringlich auf die Notwendigkeit der zeitnahen Ostangleichung hin.

#### Die Steuerverwaltung im europäischen Integrationsprozeß

Die DSTG steht dem Beschluß der Ministerpräsidenten bezüglich der Akzeptanz von EURO-Steuererklärungen bzw. Voranmeldungen ab 1. 1. 1999 kritisch gegenüber. Allerdings sei der Beschluß der Ministerpräsidenten vom 8. 6. 1998 als Fakt anzusehen. Die Konsequenz sei aber nun, die Mehrkosten und den Personalbedarf in die Haushalte einzustellen.

#### Auflösung von Oberfinanzdirektionen

Angesprochen wird die angedachte Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes, die Dreistufigkeit aufzugeben. So erklärte Staatsrat Dr. Dannemann, daß Bremen die OFD auflösen wolle. Bremen plädiere daher wenigstens für eine Öffnungsklausel.

Finanzminister Starzacher erläuterte, daß Hessen beabsichtige, gegen die Neugliederung der OFD den Bund zu klagen.

#### Illegale Steuerflucht wächst bedrohlich

In einem Gespräch mit der „Neue Osnabrücker Zeitung“ hat DSTG-Chef Dieter Ondracek über das bedrohliche Ausmaß der „illegalen Steuerflucht“ ins Ausland berichtet. Nach seiner Schätzung haben Steuerflüchtlinge mit Bankenhilfe über 600 Milliarden DM am Fiskus vorbei ins Ausland geschleust und damit jährlich Steuern aus Kapitaleinkünften in Höhe von rund 20 Milliarden DM hinterzogen. Er rechne allein auf-

grund der bisher beschlagnahmten Bankunterlagen bundesweit mit 100 000 Auslandstransfers. Diese Zahl werde sich aber noch deutlich erhöhen, weil die laufenden Ermittlungen erst Kapitalanlagen in einem Umfang von rund 100 Milliarden DM betreffen. Zudem seien wichtige Bankinstitute überhaupt noch nicht in die Steuerfahndung einbezogen worden.

Die Kolleginnen und Kollegen der Steuerfahndung seien mit den bisherigen Ermittlungen schon derartig belastet, daß sie nicht in der Lage seien, „ein neues Faß aufzumachen“.

Dringender denn je sei erforderlich eine Harmonisierung der Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen in der EU. Als Alternative sei auch ein europaweites Kontrollmitteilungssystem denkbar, d. h. Informationen über Konten des ausländischen Kunden werden an die Wohnsitzfinanzämter des jeweiligen Heimatfinanzamtes weitergeleitet.

Neben Maßnahmen auf EU-Ebene sei eine Stärkung der Steuerfahndung vordringlich. Bekräftigt hat Ondracek die DSTG-Forderung, die Steuerfahndung von 1 500 auf 3 000 Kolleginnen und Kollegen aufzustocken.

Das Gespräch mit der „NOZ“ hatte ein breites weiteres Medienecho. In zahlreichen Rundfunk-, Fernseh- und Presseinterviews, in zahlreichen Gastkommentaren usw. wurden die DSTG-Positionen verbreitet. In einem Interview mit dem „Spiegel“, der am 15. Juni 1998 erschien, äußerte Ondracek auf Befragen, daß er davon ausgehe, daß auch die Deutsche Bank noch Besuch von der Steuerfahndung bekommen werde. Die Einschätzung bestätigte sich noch am gleichen Tag: am 15. Juni 1998 begannen die Durchsuchungen bei dem „Flaggschiff“ der deutschen Banken: der Deutschen Bank.



Im Arbeitszimmer von Bundesfinanzminister Theo Waigel. Mit dem CSU-Politiker diskutierten Dieter Ondracek und der stellvertretende DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender. Waigel ist stolz auf die spartanische Einrichtung seiner Wirkungsstätte in einer ehemaligen Kaserne und sein Mobilar aus den sechziger Jahren. (Foto: Eduard N. Fiegel)

Gespräch des Bundesvorsitzenden mit Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel

## Gestärkter Außendienst packt bei Steuerkriminalität zu

Am 26. Juni 1998 trafen sich Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel und der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek zu einem Meinungsaustausch über aktuelle Probleme der Finanzverwaltung.

Weitere Gesprächsteilnehmer seitens des BMF waren Ministerialdirektor Heinz-J. Rendels und Ministerialdirektor Dirk Kühnau, seitens der DSTG der stellvertretende Bundesgeschäftsführer Rafael Zender.

Besprochen wurden u. a. folgende Themen:

### Steuerpolitik in der nächsten Legislaturperiode

Der Bundesvorsitzende wies darauf hin, daß die DSTG die steuerpolitischen Vorgaben dieser Legislaturperiode begrüßt habe. Insbesondere wurden die „Petersberger Beschlüsse“ positiv bewertet. Hingewiesen wurde je-

doch in diesem Zusammenhang auf die unzureichende Personalausstattung der Finanzverwaltung. Von den Länderfinanzministern sei ein Einsparpotential durch die Umsetzung der „Petersberger Beschlüsse“ von mehreren Tausend Mitarbeitern geschätzt worden. Dabei habe es sich um einen

**DSTG**

offenkundigen Fehlschluß gehandelt. Im Gegenteil: unter dem Strich wäre Mehrarbeit entstanden. Beispielsweise nannte Ondracek die Änderungen bei der Bilanzierung, die eine zeitnahe Überprüfung durch die Finanzverwaltung erfordern und somit auch einen Mehrbedarf an Personal bedingen, die Halbierung der Sparerfreibeträge und die höhere Besteuerung von Renten und Lebensversicherungsbeiträgen, die neue Fälle verursacht hätten.

### Lage der Steuerverwaltung und Bekämpfung der Steuerkriminalität

Der Bundesvorsitzende bedankte sich nochmals für die zwei Schreiben des Bundesfinanzministers an die Länderfinanzminister und -senatoren, durch die die Bemühungen der DSTG zur Verstärkung der Außendienste unterstützt wurden. Ministerialdirektor Rendels vertrat die Auffassung, daß diese Maßnahme Wirkung gezeigt habe; so habe sich der Trend zur Verstärkung der Außendienste erkennbar verbessert. Der Bundesvorsitzende kritisierte, daß Bundesländer ihre Statistiken häufiger schönen.

### Bankenfahndungen

Über das von den Banken an den Tag gelegte Verhalten zeigte sich der Bundesfinanzminister enttäuscht. Man habe sich erfolglos mit den Bankenverbänden nach dem Zinsurteil zusammen-

gesetzt, um eine gangbare und akzeptable Lösung für die Finanzinstitute, die Steuerbürger und die Finanzverwaltung zu finden.

Der Bundesvorsitzende führte aus, das Verhalten der Banken sei wohl auch darauf zurückzuführen, daß sie sich von zwei Mauern geschützt fühlten, die sie vor einer Aufdeckung bewahren würden. Dies sei zum einen der § 30 a AO („Bankgeheimnis“) gewesen, zum anderen habe man ein Vorgehen der Fahndung nicht für möglich gehalten, wie es jetzt geschieht.

### Abgeltungsteuer

Der Bundesfinanzminister äußerte, daß er ein Abgeltungssystem, das neuerdings häufiger diskutiert werde, in der Bundesrepublik im Gegensatz zu Österreich nicht für möglich halte. Bei ihrer Einführung in der Bundesrepublik würde eine neue Steuerart geschaffen, die nicht mehr in das System der Einkommensteuer passe.

### Personalsituation im Innendienst und Außendienst

Weiteres Thema war die Verschlechterung des Arbeitsklimas in den Finanzämtern. Dort habe sich Frust durch die steigende Mengenproblematik, die sich verschlechternden Beförderungsaussichten, die Sparmaßnahmen und auch die einseitige Arbeitszeitverlängerung für Beamte aufgebaut.

Der Bundesvorsitzende kritisierte die Verschiebung von Personal aus dem Innen- in den Außendienst als untaugliches Mittel, der Lage „Herr“ zu werden.

### Kapitalerträge und Spekulationsgewinne werden häufig nicht gemeldet

Die personellen Lücken im Innendienst verursachten neue Defizite. So führte er aus, daß z. B. bei Vermietung und Verpachtung, bei den Kapitalerträgen und den Spekulationsgewinnen keine wirksamen Kontrollmechanismen gegeben seien. Bei Spekulationsgewinnen finde eine Versteuerung faktisch nie statt, da es keine Kontrollmeldungen oder ähnliches gebe und zu versteuernde Gewinne freiwillig nicht angegeben würden.

### Verstärkung der Betriebsprüfung

Ministerialdirektor Rendels räumte ein, daß es durch die Aufstockungen in den Betriebsprüfungen, die von 11 700 Betriebsprüfern im Jahre 1995 auf 12 500 Betriebsprüfer im Jahre 1996 vergrößert wurden, zu Verschiebungen vom Innendienst zum Außendienst gekommen sei. Er vertrat jedoch die Auffassung, daß im Innendienst, insbesondere unter Verwendung der neueren Techniken, bei gleichem Personalbestand

rationeller gearbeitet werden könne.

Der DSTG-Bundesvorsitzende wies darauf hin, daß diese rationelle Arbeit, insbesondere die Rationalisierungsvorschriften, dazu führen würden, daß nur noch oberflächlich geprüft werden könne, was der Steuerhinterziehung Tür und Tor öffne.

### Verstärkung der Bundesbetriebsprüfung

Ondracek forderte eine weitere Aufstockung der Bundesbetriebsprüfung. Dies sei insbesondere auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß, wenn die Bundesbetriebsprüfung tätig werde, die Länderbetriebsprüfungen folgen müßten. Seitens des BMF wurde geäußert, daß man die Bundesbetriebsprüfung deutlich aufgestockt habe, nämlich von 113 Bediensteten im Jahre 1990 auf 147 Bedienstete im Jahre 1998.

Ondracek kritisierte in diesem Zusammenhang die

### Länderfinanzausgleich ist leistungsfeindlich

dem Bundesamt für Finanzen verordneten pauschalen Stelleneinsparungen.

Waigel bekräftigte, die 1,5%ige Personaleinsparung im Bundeshaushalt dürfe nicht zu Lasten der Bundesbetriebsprüfung gehen.

### Länderfinanzausgleich

Der Bundesfinanzminister äußerte, daß nach einer Änderung des Länderfinanzausgleichs ein stärkeres Interesse der Länder an der Aufstockung der Betriebsprüfung bestehen werde. Der Länderfinanzausgleich sei in der jetzigen Gestalt falsch ausgerichtet, da er leistungsfeindlich wirke.

Ondracek bestätigte, daß die Leistungskomponenten, die in den Vorschlägen von

Bayern und Baden-Württemberg zur Änderung des Länderfinanzausgleichs vorgesehen sind, im Ansatz zu begrüßen seien.

### Berufliche Perspektiven für die Beschäftigten der Steuerverwaltung (Novellierung der Funktionsgruppenverordnung)

Hinsichtlich der beruflichen Perspektiven für die Beschäftigten der Steuerverwaltung, namentlich die Novellierung der Funktionsgruppenverordnung für den Bereich der Außenprüfung, wies Ondracek darauf hin, daß durch die Aufstockung der Betriebsprüfung die Beförderungsmöglichkeiten enger geworden seien, was wohl nicht Sinn der Sache sein könne. Der „Deckel“

### Beförderungen werden immer enger

müsse daher angehoben werden, zumal – mit Ausnahme von Bayern – alle Länder die Möglichkeiten der Funktionsgruppenverordnung im Hinblick auf die Betriebsprüfung ausgeschöpft hätten. Ministerialdirektor Kühnau zeigte sich aufgeschlossen, äußerte jedoch, daß eine Verbesserung in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich sei. Ondracek wies darauf hin, daß die Innenpolitiker die Verbesserung der Funktionsgruppenverordnung für den Außendienst der Steuerverwaltung mittragen würden, wenn nicht die Länderfinanzminister wegen den vermeintlichen Kosten „aufschreien“ würden. Bei den Finanzbediensteten habe jedenfalls die einseitige Verbesserung bei der Polizei zu schwerer Verärgerung geführt.

### Projekt „FISCUS“

Zum Projekt „FISCUS“ führte DSTG-Chef Ondracek aus, daß dieses Projekt gut voran komme. Zwischen

DSTG und BMF sei die Zusammenarbeit ausgezeichnet. Berlin, das zwischenzeitlich aus dem Projekt aussteigen wollte, konnte davon abgebracht werden. Insbesondere sei durch die gute Zusammenarbeit sichergestellt, daß das Projekt die Zustimmung der Hauptpersonalräte finde. Die Beschäftigten in den Finanzämtern erwarten die zügige Durchführung, weil eine optimale Verfügbarkeit der EDV „überlebensnotwendig“ sei.

### Ausblick auf die Besoldungs- und Tarifpolitik

In einem Ausblick auf die Besoldungs- und Tarifpolitik wurde vom Bundesvorsitzenden eindringlich darauf hingewiesen, daß eine zeitnahe Angleichung der Bezüge in den neuen Ländern unbedingt notwendig sei.

So wurde z. B. darauf hingewiesen, daß es in der Berliner Außenstelle des BMF Ärger gebe, weil Bedienstete mit gleichen Tätigkeiten unterschiedlich bezahlt werden würden, je nach dem, ob sie aus dem Osten oder Westen kämen. Waigel äußerte, daß er dieses Problem nicht beseitigen könne, da die Regierungen der neuen Bundesländer es selbst nicht für machbar hielten, die Tarif- bzw. Besoldungsanpassung in größeren Schritten voranzutreiben. Der Bundesvorsitzende wies darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, daß den Kolleginnen und Kollegen eine Perspektive aufgezeigt bzw. ein Zeitplan erstellt werde, wann die vollständige Anpassung erfolgen solle. Insbesondere habe zur Verärgerung geführt, daß die Erhöhung auf 86,5%, die im September 1998 in Kraft trete, auch für das Jahr 1999 festgeschrieben sei.

Das Gespräch dauerte 1 ½ Stunden und fand in einer angenehmen und offenen Atmosphäre statt.

## Große DSTG-Erfolge bei Personalratswahlen

In Brandenburg, Thüringen und Bayern fanden im Mai und Juni 1998 die turnusmäßigen Personalratswahlen, in Berlin die Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung statt. Die Listen der DSTG und die Kandidatinnen und Kandidaten auf unseren Listen konnten dabei große Erfolge erringen.

### Thüringen

Die Wahlen zum **BPR bei der OFD Erfurt** brachten folgendes Ergebnis:

Gruppe der Beamten:  
Vorschlagsliste DSTG 79,7 %  
Sitze für die DSTG: 10 : 1

Gruppe der Angestellten:

Bei den Angestellten fand Personenwahl statt, weil nur eine Liste, die DSTG-Liste eingereicht wurde. Die sechs Sitze gingen demzufolge an DSTG-Mitglieder.

Bei den Arbeitern fand ebenfalls Personenwahl statt, weil nur die DSTG eine Liste eingereicht hatte. Auch hier gingen beide Sitze an DSTG-Mitglieder.

Im BPR Erfurt hat somit die DSTG 18 von 19 Sitzen erreicht.

Die bisherige Vorsitzende des BPR **Regina Biertümpfel (DSTG)** wurde erneut zur Vorsitzenden gewählt.

Die Wahlen zum **HPR beim Staatsministerium der Finanzen in Erfurt** brachten dagegen ein sehr differenziertes Ergebnis:

Für die Wahlen der Beamtengruppe wurden drei Listen eingereicht. Auf die Liste der DSTG und auf die von einem DSTG-Mitglied eingereichte Freie Liste entfielen zusammen 88 % der Stimmen.

7 von 10 Beamtensitze haben DSTG-Mitglieder inne.

Bei der Gruppe der Angestellten wurden für 9 Sitze 8 Vorschlagslisten eingereicht. Die Vorschlagsliste DSTG erhielt 20 % und 2 der 9 Sitze.

Für die 2 Arbeitersitze waren zwei Vorschlagslisten eingereicht. Auf die Liste der DSTG entfielen 46 % der Stimmen. Von den 2 Sitzen ging einer an die DSTG.

Zur Vorsitzenden des HPR beim Thüringer Finanzministerium wurde die bisherige Vorsitzende **Christine Müller (DSTG)** gewählt.

### Brandenburg

Die Wahlen in Brandenburg brachten folgendes Ergebnis:

**Bezirkspersonalrat bei der OFD Cottbus**

Von den 6 Sitzen der Beamtengruppe gingen 4 an Kandidatinnen und Kandidaten der DSTG.

Bei der Gruppe der Angestellten gingen alle vier Sitze an die DSTG.

Der einzige Arbeitersitz wurde ebenfalls von einem DSTG-Mitglied besetzt.

Zum Vorsitzenden des BPR bei der OFD Cottbus wurde erneut **Ulrich Kühne (DSTG)** gewählt.

Die Wahlen zum **HPR beim Finanzministerium Brandenburg in Potsdam** brachten folgendes Ergebnis:

In der Gruppe der Beamten vielen 4 von 6 Sitzen an die DSTG.

Bei den Angestellten konnte die DSTG 3 von 6 Sitzen erringen.

Zum Vorsitzenden des HPR wurde erneut **Hans-Holger Büchler (DSTG)** gewählt.

### Berlin

Bei den Wahlen zur Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung in Berlin entschieden sich die jungen Wählerinnen und Wähler mit einem eindeutigen Votum für die DSTG-Kandidaten. Von den 7 zu vergebenden Sitzen errang die DSTG 5.

### Bayern

Die Wahlen zum **BPR bei der OFD München** erbrachten nachstehendes Ergebnis:

In der Gruppe der Beamten gingen 80,6 % der Stimmen und 11 von 13 Sitzen an die DSTG.

In der Gruppe der Angestellten fielen auf die DSTG-Liste 80,7 % der Stimmen und die 2 zu vergebenden Angestelltensitze.

In der Arbeitergruppe lag nur eine DSTG-Liste vor. Beide Arbeitersitze gingen somit an die DSTG.

Ebenso erfolgreich fiel die Wahl zur Jugendvertretung aus. Auch hier gingen alle 7 Sitze an die DSTG.

Zum Vorsitzenden des BPR bei der OFD München wurde erneut **Siegfried Schneider (DSTG/bfg)** gewählt.

Ebenfalls erfolgreich verliefen die Wahlen zum **BPR bei der OFD Nürnberg**.

In der Gruppe der Beamten konnte die DSTG-Liste 3 % zugewinnen und mit insgesamt 72 % 8 der 11 Sitze erreichen.

Bei den Angestellten betrug der Zugewinn 22 %. Mit 62 % konnte einer der beiden Angestelltensitze gewonnen werden.

In der Gruppe der Arbeiter betrug der Zuwachs 33 %. Mit dem Stimmresultat von 73 % wurden beide Arbeitersitze für die DSTG gewonnen.

Auch bei der Wahl der Jugendvertretung konnte die

DSTG 9 % zugewinnen. Mit 88 % erhielt sie alle 7 Sitze.

Zur Vorsitzenden des BPR bei der OFD Nürnberg wurde **Helene Wildfeuer (DSTG/bfg)** wiedergewählt.

Die Wahlen zum **HPR beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen in München** waren ebenso erfolgreich.

In der Gruppe der Beamten entfielen 11 von 13 Sitzen an die DSTG.

Von den beiden Angestelltensitzen ging einer an die DSTG.

Ebenso wurde in der Arbeitergruppe einer von zwei Sitzen von der DSTG gewonnen.

Alle 7 Sitze der Hauptjugendvertretung gingen an Kandidatinnen und Kandidaten der DSTG.

Zum Vorsitzenden des HPR wurde erneut **Dieter Kattenbeck (DSTG/bfg)** gewählt.

Die DSTG-Bundesleitung gratuliert den vorgenannten Landes- und Bezirksverbänden zur erfolgreichen Wahl herzlich!



### Absurdes über Betriebsprüfungen

Ein Steuerberater und ein Rechtsanwalt haben sich in den NWB vom 6. April 1998 zur Betriebsprüfung ausgelassen. Ergebnis: die Betriebsprüfung ist betriebs- und volkswirtschaftlicher Nonsens.

Die DSTG hat gegenüber dem NWB-Verlag eine Stellungnahme abgegeben (NWB Heft Nr. 28/1998).

In dieser Stellungnahme hat sie die Tatsache zurechtgerückt und Rolle und Funktion der Betriebsprüfung – auch im europäischen Vergleich – beleuchtet.

## +++ Tarif-Telegramm +++

Das Bundesverfassungsgericht muß sich erneut mit der Frage befassen, ob die Erhebung von Sozialbeiträgen auf Einmalzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld mit der Verfassung vereinbar ist, wenn sie nicht zu entsprechenden Gegenleistungen der Sozialversicherung führen. Sowohl das Kölner als auch das Kasseler Sozialgericht hat die gegenwärtige Praxis für verfassungswidrig erklärt.

Der GGVöD-Vorsitzende Horst Zies wirft dem „Institut der deutschen Wirtschaft“ tendenziöse Berichterstattung vor. Mit der Behauptung über „deutlich längere Fehlzeiten im öffentlichen Dienst als in der Industrie“ betreibe das Institut Stimmungsmache gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Zahlen des Bayerischen Finanzministeriums belegen das Gegenteil.

Der Europäische Gerichtshof stärkt mit einem Grundsatzurteil den Schutz der schwangeren Frauen (Az.: C-394/96). Er entschied am 30. Juni 1998, daß Arbeitnehmerinnen nicht aufgrund von Fehlzeiten in Folge einer durch Schwangerschaft verursachten Krankheit entlassen werden dürfen. Konkret heißt das, die während der Schwangerschaft eingetretene Fehlzeit darf nicht bei der Berechnung des Zeitraumes, der nach nationalem Recht zu einer Entlassung berechtigt, berücksichtigt werden. Zugrunde lag der Entscheidung die Klage einer britischen Angestellten.

Nach Auffassung der GGVöD sollen auch Arbeitnehmer/innen des öffentlichen Dienstes als Teilzeitbeschäftigte im ersten Jahr des Erziehungsurlaubs ihren Anspruch auf die volle Jahresonderzuwendung (Weihnachtsgeld) behalten. Einen entsprechenden Vorstoß zur Gleichstellung mit den beamteten Teilzeitbeschäftigten hat die GGVöD beim Bundesinnenministerium unternommen.

Bei der Abwicklung des Erholungsurlaubs soll für Arbeitnehmer des Bundes entsprechend der neuen Bundesbeamtenregelung verfahren werden. Dies hat das Bundesinnenministerium mit Rundschreiben vom 23. April 1998 bekanntgemacht. Danach soll der Erholungsurlaub weiterhin grundsätzlich im Urlaubsjahr abgewickelt werden. Urlaub, der nicht innerhalb von neun Monaten nach dem Ende des jeweiligen Urlaubsjahres genommen worden ist, verfällt. Unabhängig von dieser Bundesregelung wird die GGVöD gegenüber den öffentlichen Arbeitgebern eine entsprechende Änderung der Manteltarifverträge einfordern.

Personalie: Als Geschäftsführer mit Sonderaufgaben für den Aufbau und die Betreuung der tarifpolitischen Arbeit in den neuen Dienstleistungszentren Hamburg und Berlin des DBB ist der Geschäftsführer der DBB-Tarifunion/GGVöD Siegfried Speichert seit dem 1. Juli 1998 in Hamburg tätig. Schwerpunktmäßig erstreckt sich die Aufgabe auf den Bereich Norddeutschland sowie die neuen Bundesländer.

## GGVöD und Arbeitgeber schließen ab

## Tarifvertrag zur Altersteilzeit jetzt unter Dach und Fach

Der Tarifvertrag zur Altersteilzeit für den öffentlichen Dienst ist unter Dach und Fach: Mit dem erfolgreichen Abschluß der Redaktionsverhandlungen zum diesjährigen Stuttgarter Tarifergebnis konnte am 9. Juni 1998 in Bonn auch eine Einigung über die konkrete Ausgestaltung dieses Tarifvertrages erreicht werden.

Die zwischen GGVöD sowie Arbeitgebern von Bund, Ländern und Gemeinden vereinbarten Regelungen ermöglichen es vielen Ar-

### Chance von dem 55. Lebensjahr an

beitnehmern des öffentlichen Dienstes, vom 55. Lebensjahr an von der Altersteilzeit Gebrauch zu machen. Mit dem erzielten Tarifabschluß hat die GGVöD ihre wesentlichen Ziele für die Altersteilzeit erreicht:

- Attraktive Regelungen für einen gleitenden Ausstieg aus dem Arbeitsleben
- Schaffung von freien Arbeitsstellen durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit
- Möglichkeit der Übernahme von Ausgebildeten auf die frei werdenden Stellen

In den Redaktionsverhandlungen wurden insbesondere die genauen Regelungen für die Berechnung des Nettoeinkommens während der Altersteilzeit festgelegt. Danach werden bei der Berechnung der Altersteilzeitbezüge, die im Grundsatz 83 Prozent der Vollzeitbezüge betragen, auch Zuschläge und Zulagen (etwa alle Erschwernis- oder Zeitzuschläge) einbezogen. Die

Berücksichtigung pauschalierter Überstundenvergütungen sowie unregelmäßiger Vergütungsbestandteile, die das Vollzeitentgelt vieler Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes in hohem Maße bestimmen, war zwischen GGVöD und Arbeitgebern bis zuletzt streitig gewesen. In gleicher Weise werden das Urlaubsgeld und die Weihnachtzuwendung bei der Nettoberechnung berücksichtigt.

Die konkrete Ausgestaltung der Altersteilzeit soll auf Grundlage dieses Tarifvertrages jeweils individuell zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einer einvernehmlichen Vereinbarung getroffen werden. Der An-

### Regelung tritt rückwirkend in Kraft

tragsteller kann die Altersteilzeit für die Dauer von bis zu zehn Jahren als Teilzeitarbeit oder aber fünf Jahre lang als Blockzeitarbeit ausüben. Dabei beträgt die Gesamtarbeitszeit die Hälfte der regulären Tarifarbeitszeit.

Der Altersteilzeit-Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst tritt rückwirkend zum 1. Mai 1998 in Kraft. Alle vorher getroffenen individuellen Altersteilzeitvereinbarungen, die vom 26. Juni 1997 an festgelegt wurden, werden in diesen Tarifvertrag einbezogen.

Die GGVöD hat ein Informationsblatt zu den Details des Tarifvertrages herausgeben, das Auskunft über Voraussetzungen und Leistungen der Altersteilzeit gibt. Bei Bedarf wenden Sie sich bitte an Ihre/n Ortsverbandsvorsitzende/n.

## Mindeststeuer – sie wissen nicht, was sie tun!

Daß das Thema „Steuern“ den Wahlkampf beherrschen wird, war absehbar. Daß nicht alle, die darüber reden, wissen, worüber sie reden, stand zu befürchten. Ein breites Medienecho löste der Kanzlerkandidat der SPD, Gerhard Schröder, mit seinem Vorschlag, eine „Mindeststeuer“ einzuführen, aus. Der Begriff „Mindeststeuer“ war verwirrend. In der SPD-Bundestagsfraktion und in der SPD-Parteizentrale wußte bei den ersten Meldungen keiner so recht zu erklären, was konkret gemeint sei. Der DSTG-Bundesvorsitzende wurde von zahlreichen Medienvertretern gefragt, was denn die DSTG von diesem Vorschlag hielte. Wir haben klargestellt, daß eine „Mindeststeuer“ im Wortsinne von der DSTG abgelehnt wird. Sie sei unpraktikabel und würde Verwaltungserchwernisse bringen.

Wenn man im Wahlprogramm verkündet, daß das Existenzminimum angehoben werden müsse, ist es widersinnig, im gleichen Atemzug von einer „Mindeststeuer“ zu sprechen. Aber eine „Mindeststeuer“ im Wortsinne oder aber im Sinne der amerikanischen „Minimum Tax – Individuals“ war wohl auch nicht gemeint. Die Forderung Schröders nach einer „Mindeststeuer“ erfolgte vor dem Hintergrund der Medienberichte, wonach zahlreiche Einkommensmillionäre keine Steuern bezahlen, weil sie durch konsequente Ausnutzung aller Abschreibungsmöglichkeiten ihr steuerliches Einkommen nahe „Null“ bringen. Wenn es aber nur darum ging, eine „Auffanglinie“ für Abschreibungskünstler zu ziehen, müsse man anders vorgehen, so Ondracek.

Wenn man dies wolle, müsse man die Verlustausgleichs-

möglichkeiten schon bei Ermittlung des Gesamtbetrages der Einkünfte begrenzen. Hier könnte man auf die Idee kommen, daß z. B. ein Verlustausgleich höchstens bis zu maximal 50% der positiven Einkünfte möglich wäre. Dies wäre von der Steuerverwaltung mit geringer Mehrarbeit praktizierbar. Aber auch dies wäre keine Steuervereinfachung, sondern eine weitere Verkomplizierung.

Außerdem bleibe das merkwürdige Ergebnis, daß der Gesetzgeber zwar zahlreiche Abschreibungsmöglichkeiten schaffe. Wenn aber ein Steuerbürger alle Möglichkeiten nutze, dann „ziehe man wieder die Bremse“. Es wäre schon ein leichtes schizophreses Verfahren, den Bürgern breite Abschreibungsmöglichkeiten anzubieten, wenn diese sie aber nutzen, dann zu sagen: „So viel wollten wir aber nicht genutzt haben“.

Wer nun diesen Weg der „Mindeststeuer“ meint, setzt sich dem Verdacht aus, daß er die „Große Steuerreform“ nicht will oder aber schon abgeschrieben hat.

Der Finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Poß, erkannte wohl die Problematik, weil er in seiner Presseerklärung erläuterte, daß diese Begrenzung der Abschreibungsmöglichkeiten vorübergehend, als Sofortmaßnahme, bis zur Verabschiedung einer „Großen Steuerreform“ gedacht sei.

Wir, die DSTG, und viele andere, die in dieser Legislaturperiode an einer Steuerreform arbeiteten, dachten allerdings, daß das Thema „Große Steuerreform“ gleich nach der Bundestagswahl erneut aufgegriffen werde und zügig von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werde. Wenn dem so wäre, bräuchte man die Übergangslösung gar nicht. Denn einzig richtig und konsequent wäre es, schon am Anfang anzusetzen und im

Rahmen einer Steuerreform die Abschreibungsmöglichkeiten neu zu ordnen und einzugrenzen. Hier gibt es viele brauchbare Vorschläge – auch von SPD-Seite. Warum jetzt der Begriff „Mindeststeuer“ in die politische Diskussion eingeführt wurde, ist nicht verständlich.

Die DSTG-Forderung steht: wir brauchen keine neuen Steuern, keine Mindeststeuern, sondern ein einfacheres überschaubareres Steuerrecht mit einer personell gestärkten Steuerverwaltung, die zeitnah prüfen und Ausweichbewegungen rechtzeitig Einhalt gebieten kann.

## Bundesrat gibt Widerstand gegen Altersteilzeit auf

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 10. Juli 1998 seinen ursprünglichen Widerstand gegen die Altersteilzeit aufgegeben und dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 1998, über das die Altersteilzeit auch für die Beamten entsprechend dem Tarifergebnis eingeführt werden soll, zugestimmt.

Mit der vorgesehenen Regelung kann auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zu Beginn des Ruhestandes erstrecken muß, Teilzeitbeschäftigung mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit bewilligt werden, wenn der Beamte das 55. Lebensjahr vollendet hat, er in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Teilzeitbeschäftigung mindestens drei Jahre vollzeitbeschäftigt war, die Teilzeitbeschäftigung vor dem 1. August 2004 beginnt und dringende dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Während die Altersteilzeitbeschäftigung ab dem 55. Lebensjahr in das Ermessen des Dienstherrn gestellt ist, sollen nach dem

Regierungsentwurf Beamte, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit erhalten.

Diese Altersteilzeit ist mit einer interessanten Besoldungsregelung verbunden: die Bundesregierung soll ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates einen nichtruhegehaltfähigen Zuschlag zu den Dienstbezügen zu gewähren. Zuschlag und Dienstbezüge dürfen 83% der bei Vollzeitbeschäftigung zustehenden Nettobezüge nicht überschreiten. Der Zuschlag ist gemäß § 3 Nr. 28 EStG als Aufstockungsbetrag im Sinne des Altersteilzeitgesetzes steuerfrei.

Der Bundesrat hatte im ersten Durchgang des Regierungsentwurfes Bedenken gegen den Rechtsanspruch auf Altersteilzeit ab dem 60. Lebensjahr angemeldet mit einer bemerkenswerten Begründung:

„Für bestimmte Dienststellen könnten sich personelle Engpässe ergeben, wenn ab dem 60. Lebensjahr ein strikter Rechtsanspruch auf Altersteilzeit bestehe. Da die Regelungen der Länder über Altersteilzeit wegen der besoldungs- und versorgungsrechtlichen Folgen dem Bundesbeamtengesetz entsprechen müßten, sei die Streichung der Vorschrift geboten.“

Nicht gesehen wurde dabei der arbeitsmarktpolitische Hintergrund der Altersteilzeit: Personallücken sollen wieder aufgefüllt und neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst geschaffen werden.

DSTG und DBB haben in zahlreichen Initiativen an den Bundesrat appelliert, seinen Widerstand gegen die Altersteilzeit aufzugeben und dieser wirksamen, innovativen Beschäftigungsinitiative endlich freien Lauf zu lassen.



Mitglieder der CSU-Landesgruppe in Bonn informierten sich in einem Gespräch mit der bfg über die hohe Arbeitsbelastung der Beschäftigten.  
v. l.: Johanna Markl, Dieter Ondracek, MdB Bartholomäus Kalb, Josef Bugiel und die Bundestagsabgeordneten Hans Raidel und Hans Michelbach.

## Die Steuerreform muß kommen

**M**itglieder der CSU-Landesgruppe in Bonn informierten sich in einem Gespräch mit der Bayerischen Finanzgewerkschaft über die Arbeitssituation in der Bayerischen Finanzverwaltung sowie über Fragen der Steuervereinfachung und Steuerreform.

Es nahmen teil MdB Bartholomäus Kalb, Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, MdB Hans Michelbach, Mitglied des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag, MdB Hans Raidel, stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses sowie die Finanz- und Haushaltsreferentin der CSU-Fraktion, Frau Andrea Fiekens.

Der bfg-Vorsitzende Josef Bugiel, seine Stellvertreterin Johanna Markl und DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek machten den Abgeordneten die hohe Arbeitsbelastung der Beschäftigten in den Finanzämtern

bei immer mehr und komplizierteren Gesetzen deutlich. Ondracek kritisierte insbesondere die vertane Chance zu einer Steuerreform. Die parteipolitischen Profilierungsversuche sind auch bei den Steuerbeamten auf Unverständnis gestoßen, waren doch die Positionen der Parteien nicht so weit auseinander.

„Das Prinzip ‚Niedrigere Steuern – weniger Ausnahmen‘ bringt eine echte Vereinfachung für die Finanzämter und trägt zu mehr Steuergerechtigkeit bei“ stellten die Abgeordneten und die bfg übereinstimmend fest.

„Die Steuerreform muß nach der Wahl als vordringendstes Problem in Angriff genommen werden“ forderte Ondracek.

Die bfg-Vertreter begrüßten die auch in Bayern erfolgte Verstärkung der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung, stellten gegenüber den Abgeordneten aber klar, daß nur eine Verschiebung vom Innen- in den Außendienst erfolgt ist, und damit noch größere Lücken im Innendienst aufgerissen wurden.

Bugiel wies auf die mangelnden beruflichen Perspektiven in der Finanzverwaltung hin, die die Beschäftigten bis an den Rand des Sozialhilfeniveaus bringen. Hier sei vor allem dringender Handlungsbedarf des Landtages gegeben. Der Forderung, im Bund die Funktionsgruppenverordnung zu verbessern, standen die Abgeordneten abgeschlossen gegenüber.

Sie informierten sich über die Position der bfg zu Forderungen, Steuererklärungen und Anmeldungen bereits ab 1999 wahlweise in Euro abgeben zu können. „Wer vom schlanken Staat redet, darf die Steuerverwaltung nicht mit weiteren, vor allem überflüssigen Maßnahmen belasten“, so die bfg. Die Euro-Erklärung komme ohnehin nur für einige wenige große Unternehmen in Frage, für die die Umrechnung in DM-Beträge nur einen Knopfdruck bedeute, erläuterte Ondracek, bringe für die Steuerverwaltung aber enorme Mehrarbeit.

## OV Gummersbach in Bonn

Eine politische Exkursion führte den Ortsverband Gummersbach am 16. Juni 1998 nach Bonn. Dort waren sie Gast des Innenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion Fritz-

Rudolf Körper. Im Deutschen Bundestag unterrichtete Körper die Kolleginnen und Kollegen über die Grundzüge der Besoldungs- und Dienstrechtspolitik der SPD-Bundestagsfraktion und beantwortete zahlreiche Fragen. Das Berufsbeamtentum in der Steuerverwaltung stehe für die SPD nicht zur Disposition. Die Steuerverwaltung sei eine klassische Hoheitsverwaltung. Steuerrechtspflege müsse nach den Vorgaben des Grundgesetzes wie bisher in der Regel von Beamten ausgeübt werden.

Auf der Tagesordnung stand auch ein Besuch im DSTG-Haus. Dort unterrichtete Bundesgeschäftsführer Paul Courth über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit auf Bundesebene. Mit dem Umzug des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung nach Berlin müsse sich die DSTG auch auf einen Umzug in die neue Bundeshauptstadt einstellen. Dies werde voraussichtlich im Laufe des Jahres 2001 geschehen.

Voraussetzung für eine wirksame berufspolitische Arbeit sei es, daß die DSTG dort ihre Bundesgeschäftsstelle unterhalte, wo „die Musik spielt“. Ebenso wie in Bonn seien die Ortsverbände dann auch in Berlin immer herzlich willkommen.

Die Exkursion wurde geleitet vom Ortsvorsitzenden des hoch organisierten Ortsverbandes Gummersbach Friedel Schmalenbach.



Die Mitglieder des OV Gummersbach vor dem Plenarbereich des Deutschen Bundestages  
Foto: Eduard N. Fiegel

## Euro schon 1999 bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer

**D**ie Ministerpräsidenten der Länder vereinbarten, Lohnsteueranmeldungen und Umsatzsteuervoranmeldungen bereits ab dem 1. Januar 1999 wahlweise in Euro und DM zuzulassen. Dies widerspricht einem Mehrheitsbeschuß der Konferenz der Landesfinanzminister, die erst mit der Vollendung der Währungsunion ab dem 1. Januar 2002 den Euro für die Steuerverwaltung öffnen will – und dies aus guten Gründen: geändert werden müßten nur für eine kurze Übergangszeit eine überhaupt noch nicht abzusehende Zahl von Steuergesetzen, Verordnungen und Richtlinien, um das Besteuerungsverfahren für den Euro zu öffnen. DM-Beträge in Steuergesetzen müßten durch offiziell umgerechnete Euro-Beträge ergänzt werden. In Gang gesetzt würde eine Flut von Rechtsetzungsverfahren und dies nur für wenige Steuerfälle. Denn der „normale“ Steuerzahler ist erst ab dem 1. Januar 2002 betroffen. Die Doppelgleisigkeit bedeute Mehrarbeit in einem überhaupt noch nicht abzusehenden

Ausmaß. Hinzu kommt: nur für eine kurze Übergangszeit müßten neue EDV-Programme mit hohem Kostenaufwand entwickelt werden – ade „Schlanker Staat“!

Bundesminister Friedrich Bohl hat gegenüber DSTG-Chef Dieter Ondracek in einem Schreiben vom 15. Mai 1998 die Auffassung der Ministerpräsidenten gestützt, den Euro „auch im Rechtsverkehr mit staatlichen Stellen bereits ab 1. Januar 1999 zu nutzen“.

Auch wenn hohe politische Gremien die vorzeitige Euro-Steuer-Anmeldung ab 1. 1. 1999 beschlossen haben, bleibt dies verwaltungsökonomischer Unsinn. Die Ministerpräsidenten haben damit die Bedenken aller Fachleute ignoriert. Nun sind sie aber aufgefordert, die Konsequenzen aus ihrem Beschluß zu ziehen und diese sind:

- mehr Personal für die Zusatzarbeit zur Verfügung zu stellen und
- die Mittel für Sachkosten (Erklärungsvordrucke, Porto, Telefon) entsprechend zu erhöhen.



*Der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin, Kollege Detlef Dames, überreicht Staatssekretär Werthebach die Unterschriftensammlung.*

Am Rande des Bundesvertretertages des VBOB überreichte der Landesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Detlef Dames (Berlin) dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium Dr. Werthebach eine Unterschriftensammlung aus den Finanzämtern des Landes Berlin. Mehr als tausend Kolleginnen und Kollegen forderten darin mit ihrer Unterschrift „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“. Dames verwies mit Nachdruck auf die unhaltbare Situation. In den Finanzämtern der neuen Länder werde die gleiche Arbeit geleistet wie in den Finanzämtern der alten Länder. Die entsprechend schlechtere Bezahlung (86,5%) werde von den Kolleginnen und Kollegen als diskriminierend und in hohem Maße ungerecht betrachtet. Über diese Ungleichbehandlung werde der Betriebsfrieden massiv beeinträchtigt. Diese unterschiedliche Bezahlung wirke auch in hohem Maße demotivierend. Eine rasche Angleichung müsse für die Politik erste Priorität haben. Werthebach äußerte Verständnis und sagte Unterstützung zu.

# Demontage der Steuerverwaltung in Baden-Württemberg

In einer Pressekonferenz am 15. Mai 1998 hat der DSTG-Landesvorsitzende Dr. Rainer Ullrich davor gewarnt, die Demontage der Steuerverwaltung in Baden-Württemberg fortzusetzen. Die Steuerhinterziehung nehme ein ungeahntes Ausmaß an. 15% des Brutto-sozialproduktes würden am Staat vorbei erwirtschaftet. Nur die Spitze des Eisbergs seien die Steuerhinterzieher, die ihr Geld in das vermeintlich sichere Luxemburg gebracht hätten und derzeit dechiffriert würden. Die Kassen seien leer. Das Steueraufkommen sei im Jahre 1997 um 5% zurückgegangen und habe sich 1998 auf niedrigem Niveau nur stabilisiert.

Symbolträchtiges Zeichen für die Demontage sei die beabsichtigte Abschaffung der Fachhochschule für Finanzen in Ludwigsburg. Die Fachhochschule habe einen ausgezeichneten Ruf. Mehr als 50% der Lehrbücher im Steuerrecht würden von Professoren dieser Fachhochschule verfaßt. Sie habe einen anerkannt hohen Praxisbezug. Die Fachhochschule habe längst ihren Beitrag zur „Verschlankung“ angesichts rückläufiger Studentenzahlen erbracht. Der Lehrkörper sei von 47 auf 35 Dozenten reduziert, der nebenamtliche Unterricht vollständig abgebaut.

Offensichtlicher Hintergrund der Demontage: die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl hat erhebliche Personalüberhänge. Jetzt soll – so Rainer Ullrich – das Problem damit gelöst werden, daß die Fachhochschule für Finanzen von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung „geschluckt“ werde.

Rainer Ullrich: „Es darf doch wohl keine Rolle spielen, wieviele Absolventen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung im Landtag sitzen.“

Nach den Angaben von Ullrich fehlen in der Steuerverwaltung des Landes Baden-Württemberg 1 000 Beschäftigte. Zusammen mit Bayern und Niedersachsen habe Baden-Württemberg die schlechteste personelle Ausstattung der Steuerverwaltung. Die Reaktion der Landesregierung seien Stellenstreichungen. Jährlich verschwinden 170 Beschäftigte – ein mittelgroßes Finanzamt – von der Steuerlandschaft.

„Das ist nicht Rasenmähermethode, das ist Vernichtungsstrategie!“, so Rainer Ullrich. Auch die Steuerfahndung sei hoffnungslos überlastet, ihre Kräfte durch die Bankenfahndungen gebunden.

Scharfe Kritik übte Ullrich an dem Oberfinanzpräsidenten in Stuttgart, Dieter Riempp, der ein Papier zur Reform des Besteuerungsverfahrens vorgelegt hatte. „Von der Ämterverwaltung zur Serviceverwaltung“ soll sich die Steuerverwaltung wandeln. Dem stehe heute immer noch ein hoheitliches Selbstverständnis der Beschäftigten entgegen. „Weil die Sprache die Denke beeinflusst, sollten wir künftig vom Kunden statt vom Steuerpflichtigen sprechen“, so Riempp.

Weitere Vorschläge von Riempp:

Der Schriftverkehr soll kundenfreundlicher werden. Sachgebietsleiter vernachlässigten ihre Führungsauf-

gabe. Die Masse der bereits vorhandenen Sachgebietsleiter bedürfe dringend einer entsprechenden Schulung. Die Steuererklärungen sollen elektronisch übermittelt werden. Die Öffnungszeiten der Finanzämter sollen mehr als verdoppelt, das Finanzamt kundenfreundlicher werden usw. Das Fazit: die Steuerverwaltung ist eine Verwaltung von gestern, nicht modern, nicht kundenfreundlich, sondern hoheitlich denkend.

Rainer Ullrich hat die Kritik Punkt für Punkt widerlegt. Seit langem bemühe sich die Steuerverwaltung darum, ihre Beschäftigten im Umgang mit dem Bürger zu schulen – mit gutem Erfolg. Damit sei der Steuerbürger jedoch nicht zum Kunden geworden. Die bei den Finanzämtern eingeführten Infotheken seien bürgerfreundlich und täglich von morgens bis abends geöffnet. Die elektronische Steuererklärung sei in anderen Ländern schon längst eingeführt. Dies liege an der Politik, wenn dies in Baden-Württemberg nicht geschehen sei. Laptops hätten in Baden-Württemberg 700 von 2 824 Beschäftigten im Außendienst. In anderen Bundesländern – so in Nordrhein-Westfalen – seien alle Außendienstler damit ausgestattet.

Die von Riempp geforderte „Gewichtung“ bei der Bearbeitung der Steuerfälle werde in Baden-Württemberg längst praktiziert. Das gesamte System – Betriebsprüfung, Veranlagung und Organisation – sei darauf abgestellt. Konterkariert werde dieses Bemühen durch die Gesetzgebung: „Unser Gesetzgeber ermöglicht es

den großen Steuerzahlern, die Steuern Richtung Null zu drücken. Die Bemühungen der Verwaltung um Gewichtung gehen ins Leere“, so Ullrich.

Ullrich hat Finanzminister Mayer-Vorfelder aufgefordert, „sich von den demotivierenden und teilweise unsachlichen Äußerungen zu distanzieren“.



## Ausbildung macht sich bezahlt

„Betrüger kommen den Staat teuer – warum bildet er nicht aus im Bereich Steuer?“ – unter diesem Motto steht der zweite bundesweite Ausbildungskongress in der Landesfinanzschule Haan (NRW) der DSTG-Jugend.

Vertreter aus allen Bundesländern werden über die Ausbildung in der Finanzverwaltung diskutieren, bestehende Mißstände aufzeigen und Verbesserungsvorschläge erarbeiten. Höhepunkt wird die Öffentlichkeitsveranstaltung am 11. August 1998 in der Landesfinanzschule sein. Die DSTG-Jugend erwartet im Podium den Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek, den Bundesjugendleiter Markus Griebenow sowie von Seiten der Politik Vertreter der Bundestagsfraktionen. Die Zügel dieser Veranstaltung hat der stellvertretende Bundesjugendleiter Holger Buczynski in seiner Hand. Er und sein Team (Arbeitskreis Ausbildung) stehen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung. Die DSTG-Jugend möchte Sie oder Dich zu dieser Veranstaltung heute schon herzlichst einladen.

## 50 Jahre DSTG Hamburg

Der herrliche Sommertag am 23. April 1998 sorgte dafür, daß das Souterrain des Alsterpavillions, in dem die DSTG Hamburg im Rahmen einer Hauptvorstandssitzung ihr 50jähriges Bestehen feierte, besonders festlich wirkte. Die meisten Mitglieder der ersten Stunde konnten an der Veranstaltung teilnehmen und genossen den Vortrag des DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek und die Möglichkeit zum ausführlichen Gespräch. Höhepunkt war die Aushändigung der Urkunden für 50jährige Mitgliedschaft.



Foto: Veronika Keltsch

## Rhetorik verbessern – sicherer werden!

Die DSTG-Jugend führte vom 22. bis 24. Mai 1998 ein Rhetorikseminar im Megaplan-Centrum der DBB-Jugend durch. Referent war der Bundesjugendleiter Markus Griebenow. Die Teilnehmer waren interessierte Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die 8 Teilnehmer setzten sich nicht nur theoretisch mit der deutschen Sprache, Gestik, Mimik, Atmung und Streßbewältigung auseinander, sondern übten das Erlernte direkt durch praktische und lebensechte Übungen. So wurden z. B. die eigenen Vorträge und Rollenspiele von einer Kamera aufgezeichnet, um über diese Erfahrungen zu diskutieren. Die Angst vor der Kamera schwand von Übung zu Übung.

Der sehr gute Verlauf des Seminars hatte zur Folge,

daß der Teilnehmerkreis ein Fortsetzungsseminar besuchen möchte, um noch weitere Tips und Tricks für das Berufs- und Privatleben zu bekommen.

Die Freizeitgestaltung kam unter der Seminarleitung des stellvertretenden Bundesjugendleiters Holger Buczynski auch nicht zu kurz.

Haben Sie oder hast Du auch mal Lust auf ein Semi-



Die Rhetorik-Schüler der DSTG-Jugend proben auch Gesten

nar? Wir stehen unter der bekannten Adresse und Telefonnummer für ein Gespräch gerne zur Verfügung.

## Zur DSTG-Jugend über die Datenautobahn

Ein Arbeitskreis der DSTG-Jugend hat sich am 10. Mai 1998 in Kiel getroffen, um dort über die Medienwelt des Internet zu diskutieren. Schnell kam der Arbeitskreis zu dem Entschluß, die bestehende Seite im Internet auszubauen. Zur Zeit ist die DSTG-Jugend über die DSTG im Internet vertreten. Die Kollegen Volker Arnold, Bernhard Drexl, Markus Griebenow, Stefan Müller und Stefan Tuskowski haben ein Konzept ausgearbeitet, das bis zum September 1998 im Internet zur Verfügung stehen soll. Über konstruktive Kritik von Seiten der Anwender wäre der Arbeitskreis sehr erfreut. Der Bundesjugendleiter Markus Griebenow, der den Arbeitskreis leitet, erhofft sich einen schnelleren und transparenten Informationsfluß. Außerdem haben die Anwender direkt die Möglichkeit, ihre Meinung abzugeben. Somit sind wir wieder einen Schritt weiter in die Welt des nächsten Jahrtausends.



## Tauschcke

StHS'in aus dem Bereich der OFD Hamburg sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD München (vorzugsweise FÄ südöstlich von München).

StI z. A. aus dem Bereich der OFD Hamburg sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD München (vorzugsweise FÄ südöstlich von München).

StOI'in aus NRW (OFD Köln) sucht dringend Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg (OFDen Stuttgart o. Karlsruhe – FÄ Mühlacker, Pforzheim u. Umgebung).

StOI aus Rheinland-Pfalz (OFD Koblenz) sucht dringend Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg (OFD Freiburg).

StS'in aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart) sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Koblenz.

StI z. A. aus Hessen (OFD Frankfurt) sucht dringend Tauschpartner/in aus den OFD-Bereichen Köln oder Düsseldorf.

StOS'in aus Nordrhein-Westfalen (OFD Düsseldorf) sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFDen Stuttgart oder Freiburg (FA Konstanz).

StOS'in aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart) sucht dringend Tauschpartner/in aus den Bereichen der OFDen Nürnberg oder München.

StOI'in aus Nordrhein-Westfalen (OFD Düsseldorf) sucht Tauschpartner/in aus Niedersachsen (OFD Hannover).

StI'in z. A. aus NRW (OFD Münster) sucht dringend Tauschpartner/in aus Hessen (OFD Frankfurt).



Die deutsche Delegation vor der Bundessportschule Schielleiten in der Steiermark.

### 43. Turnier der Finanzämter in Österreich

## Schachspieler siegten im Schloß Schielleiten

**B**lauer Himmel über Berghängen: Mit strahlendem Sonnenschein empfingen die Veranstalter des 43. Internationalen Finanzsportturniers vom 8. bis 12. Juni 1998 ihre Gäste vor der prachtvollen Kulisse von Schloß Schielleiten in der Steiermark. Der Ort war nicht nur für die Eröffnungsfeier gut gewählt, auch für den weiteren sportlichen Verlauf bot er hervorragende Voraussetzungen, weil alle Wettkampfstätten im direkten Umfeld lagen. Teilnehmer und Zuschauer hatten kurze Wege und konnten „über den Zaun“ den Fortgang aller Wettbewerbe verfolgen.

Das historische Schloß bot in diesem Jahr der deutschen Mannschaft einen würdigen Rahmen für den sportlich erfolgreichsten Teil. Den Schachspielern Hajo Vatter und Günter Blaich gelang eine bravouröse Leistung, indem sie im direkten Vergleich gegen alle Mitspieler Turniersieger wurden, wenn auch zum Schluß noch äußerst knapp vor Luxemburg, deren Spieler zwar punktgleich waren. Die Summe der direkten Partien sprach jedoch für Deutschland.

Vizemeister in einem äußerst stark besetzten Teilnehmerfeld wurde die Tischtennismannschaft mit Bernd Schiller, Oliver Bohländer, Stefan Hübner und Thomas Marschler. Nachdem gleich das erste Spiel gegen den späteren „Europameister“ Belgien verloren ging und das Spiel gegen Ungarn unentschieden endete, steigerte sich das Team so gewaltig, daß vier Siege in Folge erzielt wurden und dabei der spätere Dritte Luxemburg sogar mit 5:1 besiegt wurde.

Auch die Tennisspieler Helmut Hamacher, Frank Jansen und Detlev Rohrbeck trafen auf starke Gegner, schlugen sich aber achtbar und landeten schließlich scheidlich, friedlich ebenso auf dem mittleren (4.) Tabellenplatz wie die gesamte deutsche Mannschaft.

Die Fußballspiele standen traditionell im sportlichen Mittelpunkt. Die deutsche Mannschaft stellte das Finanzamt Hamm in Westfalen, die 1997 in Schleswig die Vizemeisterschaft errungen hatte und das Angebot, auf internationalem Parkett aufzutreten, gern annahm. Mit Ausnahme des Torwarts

hatte man auf weitere Verstärkungen aus anderen Fußballmannschaften verzichtet, um sich auf diesem Wege bei allen, die am sportlichen Erfolg in den letzten Jahren mitgeholfen hatten, zu bedanken.

Der gute Zusammenhalt in dieser Gemeinschaft wurde weiter durch Vorsteher Rudolf Bartling und Personalratsvorsitzende Renate Akkermann gestärkt, die ebenfalls die weite Reise auf sich genommen hatten. Diesen moralischen Beistand brauchte man auch gegen Mannschaften, die nicht nur Landesauswahlen darstellten, sondern z. T. auch noch

durch Trainingsspiele und -lager speziell vorbereitet worden waren.

Im ersten Spiel gegen Luxemburg wäre nach einigen Chancen trotzdem fast ein Sieg möglich gewesen, aber das plötzliche Gegentor in der zweiten Halbzeit bedeutete gleichzeitig schon den 0:1 Endstand. Die folgenden Spiele gegen Griechenland (2:4) und Frankreich (0:2) waren noch schwerer, aber es spricht für den Gemeinschaftssinn, daß die positive Mannschaftsstimmung hervorragend unterstützt durch die österreichische Betreuerin auch danach weiter bestehen blieb.

#### Punktwertung des 43. Internationalen Finanzsportturniers in Österreich

		Fußball	Tennis	Tischtennis	Schach	Gesamtpunkte
<b>1. Platz</b>	Österreich	14	5	3	4	<b>26</b>
<b>2. Platz</b>	Ungarn	10	7	2	5	<b>24</b>
<b>3. Platz</b>	Frankreich	8	6	4	3	<b>21</b>
<b>4. Platz</b>	Deutschland	2	4	6	7	<b>19</b>
<b>5. Platz</b>	Luxemburg	4	3	5	6	<b>18</b>
<b>6. Platz</b>	Belgien	6	2	7	2	<b>17</b>
<b>7. Platz</b>	Griechenland	12	1	1	1	<b>15</b>



Stolz präsentieren die Vize-Europameister im Tischtennis den schwer erkämpften Pokal; v. l. Oliver Bohländer (FA Frankfurt/M. II), Bernd Schiller (FA Hamburg-Oberalster), Thomas Marschler (FA Göttingen) und Stefan Hübner (OFD Hannover).